

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 8. Februar 1968

Nummer 6

Zur Situation der privaten Lebensversicherungen

Das Vermögen¹ aller privaten Versicherungsunternehmen² in der Bundesrepublik betrug am Ende des Jahres 1967 knapp 58 Mrd. DM³. Davon entfielen auf die privaten Lebensversicherungen mit 38 Mrd. DM fast zwei Drittel. Sowohl das Vermögen aller Versicherungsunternehmen als auch das der Lebensversicherungen hat sich in den letzten fünfzehn Jahren ungefähr verdoppelt. Der hohe Anteil der Lebensversicherungsunternehmen an der Vermögensbildung erklärt sich aus dem Typ des Versicherungsgeschäftes: Lebensversicherungen als Träger von Kapitalversicherungen müssen den größten Teil der Prämien zur Vermögensbildung an-

legen, während Risikoversicherungen nach dem Umlageprinzip verfahren.

Geringer Zuwachs des Neugeschäftes . .

Bis zum Jahre 1965 konnten die privaten Lebensversicherungen die Vertragssummen aller neuabgeschlossenen Versicherungen von Jahr zu

¹ Ohne Bargeld, Sicht- und Termineinlagen.

² Ohne Krankenversicherungen; bis 1965 ohne unter Landesaufsicht stehende Pensionskassen, ab 1966 nur Pensionskassen, deren jährlicher Bruttozugang an Vermögensanlagen mindestens 5 Mill. DM beträgt.

³ Quellen: Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen; 1967/8 Schätzungen des DIW.

Zugang und Bestand an Kapitalversicherungen der Lebensversicherungsgesellschaften

Jahr	Großlebens-Einzelversicherung		Kleinlebens-Einzelversicherung		Kapitalversicherungen nach Sondertarifen der Gruppenversicherungen		Risiko-Kapitalversicherung (Einzel- u. Gruppenversicherungen)		Kapitallebensversicherungen, gesamt	
	Zugang	Bestand ¹⁾	Zugang	Bestand ¹⁾	Zugang	Bestand ¹⁾	Zugang	Bestand ¹⁾	Zugang	Bestand ¹⁾
in Mill. DM										
1962	10 308	54 482	2 322	18 361	872	5 035	1 509	5 209	15 011	83 086
1963	11 822	62 856	2 398	19 495	836	5 401	1 685	6 017	16 742	93 769
1964	14 022	72 868	2 382	20 647	862	5 729	2 208	7 066	19 474	106 309
1965	18 967	87 267	2 398	21 732	940	6 196	2 549	8 281	24 854	123 476
1966	17 959	99 828	2 499	23 428	919	6 015	3 201	9 870	24 577	139 141
1967	18 800	115 000	2 300	24 800	1 000	6 700	3 600	12 600	25 700	159 100
Anteile in vH										
1962	68,7	65,6	15,5	22,1	5,8	6,0	10,0	6,3	100	100
1963	70,6	67,0	14,3	20,8	5,0	5,8	10,1	6,4	100	100
1964	72,0	68,6	12,2	19,4	4,4	5,4	11,4	6,6	100	100
1965	76,3	70,7	9,6	17,6	3,8	5,0	10,3	6,7	100	100
1966	73,1	71,8	10,2	16,8	3,7	4,3	13,0	7,1	100	100
1967	73,2	72,3	8,9	15,6	3,9	4,2	14,0	7,9	100	100
Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH										
1962	1,9	15,3	5,3	7,4	35,4	9,6	14,4	17,2	5,1	13,2
1963	14,7	15,4	3,3	6,2	-4,1	7,3	11,7	15,5	11,5	12,9
1964	18,6	15,9	-0,7	5,9	3,1	6,1	31,0	17,4	16,3	13,4
1965	35,3	19,8	0,7	5,3	9,0	8,1	15,4	17,2	27,6	16,1
1966	-5,3	14,4	4,2	7,8	-2,2	-2,9	25,6	19,2	-1,1	12,7
1967	4,7	15,2	-8,0	5,9	8,8	11,4	12,5	27,7	4,6	14,3

¹⁾ Bestände am Jahresende.

Beitrags-einnahmen und Zahlungen der Lebensversicherungen

Jahr	in Mill. DM			Zuwachs in vH		
	Bruttoein- nahmen	Zahlungen für selbst abge- schlossene Versiche- rungen ¹⁾	Nettoein- nahmen	Bruttoein- nahmen	Zahlungen für selbst abge- schlossene Versiche- rungen ¹⁾	Nettoein- nahmen
1962	3 991	1 098	2 893	15,8	13,5	16,7
1963	4 502	1 502	3 000	12,8	36,8	3,7
1964	5 021	1 622	3 399	11,5	8,0	13,3
1965	5 675	1 843	3 832	13,0	13,6	12,7
1966	6 392	2 088	4 304	12,6	13,3	12,3
1967	6 900	2 300	4 600	8,0	10,2	6,9

¹⁾ Zahlungen für Versicherungsfälle sowie für vorzeitig aufgelöste Versicherungen (Rückkäufe).

Jahr meist kräftig erhöhen. Im Jahre 1966 ging die Vertragssumme zwar zurück (— 1 vH), doch deutete dies keinen Tendenzwandel an, sondern ist vielmehr der statistische Reflex des ungewöhnlich guten Neugeschäftes im Jahre 1965: Zu der Zeit wurde die Pflichtgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung auf 1800 DM heraufgesetzt und vom Gesetzgeber eine Befreiung von der Pflichtversicherung nur zugelassen, wenn ein Lebensversicherungsvertrag mit einem monatlichen Mindestbeitrag von 168 DM abgeschlossen wurde. Die Lebensversicherungen konnten daraufhin 40 000 sogenannte Befreiungsverträge mit einer Versicherungssumme von mehr als 3 Mrd. DM abschließen.

Im Jahre 1967 erhöhte sich die Versicherungssumme aller Neuabschlüsse wieder um knapp 5 vH gegenüber dem Vorjahr; sie blieb damit aber erheblich unter der durchschnittlichen Zuwachsrate der letzten Jahre. Die geringe Zunahme des Neugeschäftes beruht einmal auf einem Rückgang bei der Klein-Lebensversicherung, also bei Verträgen, die im allgemeinen über nicht mehr als 5000 DM abgeschlossen werden und die in den letzten Jahren immer weniger nachgefragt worden sind. In erster Linie resultiert die geringe Zuwachsrate des Neugeschäftes jedoch aus dem Nachlassen der Abschlüsse von Groß-Lebensversicherungen; auf sie entfielen drei Viertel der Versicherungssumme aller neuabgeschlossenen Verträge. Ursachen für das im vergangenen Jahr vergleichsweise niedrige Neugeschäft dürften die schlechte konjunkturelle Lage und die damit verbundene geringe Steigerung der Einkommen sowie die Ungewißheit über die künftige Wirtschaftsentwicklung gewesen sein.

... höhere Zunahme der Vermögensbildung

Die Bestandssumme aller Kapitalversicherungen ist im Jahre 1967 trotz des schwachen Wachstums beim Neugeschäft wieder um 14 vH gestiegen, d. h. stärker als in den meisten Jahren zuvor. Demgegenüber haben sich die Bruttoeinnahmen der Lebensversicherungen im vergangenen Jahr nur um 8 vH erhöht. Die Zuwachsrate war damit — wohl infolge der längeren Vertragsdauer und der dadurch bedingten kleineren Jahresprämien — um ein Drittel niedriger als im Durchschnitt der letzten sechs Jahre

(12 vH). Zugleich stiegen jedoch die Zahlungen für Versicherungsfälle und vorzeitig aufgelöste Versicherungen (Rückkäufe) um 10 vH. Die Nettoeinnahmen der Versicherungsunternehmen nahmen im vergangenen Jahr um 7 vH gegenüber 1967 zu; die Zuwachsrate lag damit weit unter dem Durchschnitt der letzten Jahre (12 vH).

Der Bruttozugang an Vermögensanlagen bei den Lebensversicherungen nahm im vergangenen Jahr um mehr als 16 vH gegenüber dem Vorjahr zu. Die Abschwächung der Nettoeinnahmen hat also — wegen des sehr hohen Niveaus der Einnahmen — die rasche Zunahme der Vermögensbildung nicht beeinträchtigt. So erhöhte sich auch der Vermögensbestand um über 13 vH und damit kaum weniger als in den Vorjahren.

Während der Anteil von Grundstücken und Gebäuden sowie von Wertpapieren und sonstigen Vermögensanlagen (Beteiligungen, Darlehnsauszahlungen, Schuldbuchforderungen) am gesamten Brutto-Vermögenszugang in den letzten Jahren nahezu konstant blieb, veränderte sich die Relation zwischen Schuldscheinforderungen und Hypotheken im gleichen Zeitraum: Einem rückläufigen Anteil an Schuldscheinforderungen in den Jahren 1964 bis 1966 stand ein zunehmender Anteil an Hypotheken gegenüber.

Der Neuerwerb von Wertpapieren wurde in den vergangenen Jahren in erster Linie von den Nettoeinnahmen beeinflusst. Lediglich im Jahre 1966 erwarben die Lebensversicherungen trotz steigender Einnahmen erstmalig weniger Wertpapiere als im Jahr zuvor. Dieser Rückgang zeigte sich vor allem beim Erwerb festverzinslicher Wertpapiere, der um 17,5 vH niedriger war. Ursache hierfür war der bis zum Herbst 1966 anhaltende Zinsanstieg, der die Institute wegen erwarteter Kursverluste zur Zurückhaltung veranlaßte. 1967 dagegen haben die Lebensversicherungen rund 45 vH mehr Wertpapiere erworben als 1966; der Anteil der festverzinslichen Rentenwerte, Aktien und Investmentzertifikate am gesamten Brutto-Vermögenszuwachs hat sich damit von 18,6 vH im Jahre 1966 wieder auf den „normalen“ Satz von 23 vH erhöht.

Im vergangenen Jahr haben die Lebensversicherungen um 29 vH mehr Schuldscheindarlehen gewährt als im Vorjahr; damit ist der Anteil der Schuldscheinforderungen am gesamten Brutto-Vermögenszugang erstmals seit langem wieder gestiegen. Er hatte sich langfristig betrachtet nahezu kontinuierlich verringert. Unstetigkeiten waren auf Änderungen des Zinsniveaus zurückzuführen; denn die Lebensversicherungen gewähren bei niedrigem Zinsniveau mehr Schuldscheindarlehen als bei hohem.

Die Feststellung, daß die Gewährung von Schuldscheindarlehen, wenn auch nur kurzfristig — also vorübergehend — gebremst wird, überrascht deshalb, weil die Effektivverzinsung von Schuldscheindarlehen allgemein um etwa 0,5 % über der Ren-

Vermögensbildung¹⁾ der Lebensversicherungsgesellschaften

Jahr	Grundstücke ²⁾		Wertpapiere		Schuldschein- forderungen		Hypotheken		Sonst. Vermögens- anlagen ³⁾		Vermögensbildung, gesamt	
	Brutto- zugang	Bestand ⁴⁾	Brutto- zugang	Bestand ⁴⁾	Brutto- zugang	Bestand ⁴⁾	Brutto- zugang	Bestand ⁴⁾	Brutto- zugang	Bestand ⁴⁾	Brutto- zugang	Bestand ⁴⁾
in Mill. DM												
1962	378	2 059	794	3 277	1 535	7 032	845	4 585	145	2 405	3 697	19 358
1963	463	2 465	974	3 900	1 479	7 983	988	5 358	297	2 555	4 201	22 261
1964	520	2 928	1 095	4 717	1 531	8 949	1 240	6 347	186	2 637	4 572	25 578
1965	626	3 461	1 245	5 349	1 735	10 014	1 570	7 644	193	2 666	5 369	29 134
1966	639	4 132	1 064	5 849	1 896	11 241	1 859	9 194	255	2 758	5 713	33 174
1967	700	4 800	1 550	6 600	2 450	12 900	1 650	10 700	300	2 850	6 650	37 850
Anteile in vH												
1962	10,2	10,7	21,5	16,9	41,5	36,3	22,9	23,7	3,9	12,4	100	100
1963	11,0	11,1	22,2	17,5	35,2	35,8	23,5	24,1	7,1	11,5	100	100
1964	11,4	11,5	23,9	18,4	33,5	35,0	27,1	24,8	4,1	10,3	100	100
1965	11,7	11,9	23,2	18,4	32,3	34,4	29,2	26,2	3,6	9,1	100	100
1966	11,2	12,5	18,6	17,6	33,2	33,9	32,5	27,7	4,5	8,3	100	100
1967	10,5	12,7	23,3	17,4	36,9	34,1	24,8	28,3	4,5	7,5	100	100
Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH												
1962	11,2	19,4	35,5	22,3	16,9	17,4	—4,6	15,9	18,8	1,9	13,8	15,8
1963	22,5	19,7	22,7	19,0	—3,6	13,5	16,9	17,9	104,8	6,2	13,6	15,0
1964	12,3	18,8	12,4	20,9	3,5	12,1	25,5	18,5	—37,4	3,2	8,8	14,9
1965	20,4	18,2	13,7	13,4	13,3	11,9	26,6	20,4	3,8	1,1	17,4	13,9
1966	2,1	19,4	—14,5	9,3	9,3	12,2	18,4	20,3	32,1	3,5	6,4	13,9
1967	9,6	16,2	45,7	12,8	29,2	14,8	—11,2	16,4	17,7	3,3	16,4	13,3

¹⁾ Ohne Bargeld, Sicht- und Termineinlagen. — ²⁾ Einschließlich Gebäude. — ³⁾ Beteiligungen, Schuldbuchforderungen, Darlehn und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine. — ⁴⁾ Bestände am Jahresende.

dite festverzinslicher Wertpapiere liegt und auch höher ist als der Effektivzins von Hypothekendarlehen, bei denen zusätzliche Bearbeitungs- bzw. Verwaltungskosten auftreten. Hier scheint die Rentabilitätsforderung verletzt zu sein. Der Grund für den negativen Zusammenhang zwischen Zinsniveau und Vergaben von Schuldscheindarlehen ist nicht in der Anlagepolitik der Lebensversicherungen zu suchen, sondern bei den Kreditnehmern: Die Nachfrage nach Schuldscheindarlehen sinkt mit steigendem und steigt mit fallendem Zins.

Hypothekendarlehen wurden von den Versicherungen im Jahre 1967 um 11 vH weniger gewährt als 1966. Diese Entwicklung beruht in erster Linie auf einem Rückgang der Auszahlungen von Hypotheken für Wohnungsneubauten (— 18 vH gegenüber 1966). Das steht nicht im Widerspruch zu der empirisch nachgewiesenen These, daß die Zinselastizität der Wohnungsbauinvestitionen negativ ist⁴⁾. Die Lebensversicherungen besitzen nämlich auf dem Markt für erststellige Wohnungsbaukredite einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen institutionellen Trägern des Realkredites, besonders gegenüber den Pfandbriefinstituten und Sparkassen: Bei den Versicherungsunternehmen sind die Konditionen der Refinanzierungsmittel durch die vertraglich fixierte Verzinsung der eingehenden Mittel („Sparkapital“) mit 3,0 bis 3,5 % häufig günstiger als bei den Pfandbriefinstituten und Sparkassen. Für die Pfandbriefinstitute ist der Kapitalmarktzins ein Datum, von dessen Höhe die Refinanzierungskosten und damit die Konditionen der

Hypotheken abhängen. Auch die Konditionen der Sparkassen werden — wenn auch nur mittelbar — vom Kapitalmarktniveau bestimmt, da sich ihre Refinanzierungskosten (Spareinlagenzins) im allgemeinen der Entwicklung des Kapitalmarktzinses anpassen.

Der Wettbewerbsvorteil der Lebensversicherungen wird besonders in Perioden eines hohen Zinsatzes deutlich. Den Nachfrageausfall nach Schuldscheindarlehen können sie dann durch eine verstärkte Gewährung von Hypotheken zur Finanzierung von Wohnungsbauinvestitionen ausgleichen. Nimmt die Nachfrage nach Schuldscheindarlehen zu, erwerben die Lebensversicherungen mehr Schuldscheinforderungen und vermindern entsprechend ihre Hypothekenauszahlungen.

Ausblick

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wird der Abschluß neuer Versicherungsverträge wegen der Befreiungsmöglichkeit von der Pflichtversicherung stark zunehmen. Dabei bewirkt die Forderung des Gesetzgebers, daß die Mindestprämie der Lebensversicherungsverträge monatlich 240,— DM betragen muß, ein starkes Ansteigen der neu abgeschlossenen Versicherungssummen. Im zweiten Halbjahr wird das Neugeschäft gegenüber dem ersten Halbjahr stark zurückgehen. Für das ganze Jahr kann mit einer Zunahme der Versicherungssummen aller Neuabschlüsse von 12 vH gegenüber 1967 gerechnet werden.

⁴⁾ 4 Wochenbericht des DIW Nr. 48/1965.

Die Nettoeinnahmen der Lebensversicherungen werden sich in diesem Jahr voraussichtlich um 10 vH gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Der Bruttozugang an Vermögensanlagen wird sich im gleichen Zeitraum auf etwa 7,5 Mrd. DM (+ 13 vH gegenüber 1967) belaufen; davon werden die Institute vor-

aussichtlich für 2,5 Mrd. DM Schuldscheinforderungen und für knapp 2 Mrd. DM Hypotheken erwerben. Insgesamt wird sich der Vermögensbestand der Lebensversicherungen am Ende dieses Jahres auf 43 Mrd. DM (+ 13,6 vH gegenüber 1967) erhöhen.

Private Auslandsinvestitionen in Lateinamerika

Das statistische Material

Eine Analyse der relativen Anziehungskraft der Entwicklungsländer auf *privates* Auslandskapital während der vergangenen Jahre kann sich nicht auf so detaillierte regionale Übersichten stützen, wie sie neuerdings von der OECD für die *öffentlichen* Kapitalströme zwischen Industrie- und Entwicklungsländern veröffentlicht sind¹. Vielmehr ist man auf eine Auswertung der Zahlungsbilanzstatistiken der einzelnen Entwicklungsländer angewiesen², die nur recht unvollkommene Informationen bieten. Sie weisen im wesentlichen nur Netto-Werte, d. h. den *Saldo* von Kapitalbewegungen aus, die im einzelnen vor allem für die Analyse von Rückzahlungsproblemen aufschlußreich sein können. Auch läßt sich aus den Zahlungsbilanzstatistiken im allgemeinen der Anteil reinvestierter Gewinne an den Direktinvestitionen nur unvollständig entnehmen, und die Zusammensetzung der „sonstigen“ Kapitalbewegungen (Anleihen, Wertpapiertransaktionen, langfristige Exportkredite) ist überhaupt nicht erkennbar. Schließlich wird in den Zahlungsbilanzen „Privatkapital“ nach Empfängern und nicht nach Quellen abgegrenzt. Daher werden darunter auch Mittel erfaßt, die von öffentlichen ausländischen Kapitalgebern an private Kapitalnehmer fließen, während andererseits private Auslandsmittel an öffentliche Instanzen des Inlands (etwa Regierungsanleihen auf ausländischen Kapitalmärkten) nicht in diesen Ziffern enthalten sind.

Trotz dieser Einschränkungen können die Daten namentlich für die Direktinvestitionen, der wichtigsten Komponente der langfristigen privaten Auslandsmittel, als aussagefähig gelten. Für die 19 lateinamerikanischen Länder (außer Kuba) errechnet sich danach für den Zeitraum 1955 bis 1965 ein Nettozufluß an langfristigem privaten Auslandskapital von insgesamt rund 9 Mrd. \$ (ohne Venezuela: 8,3 Mrd. \$), davon über 70 vH in Form von Direktinvestitionen.

Damit zog diese Ländergruppe, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung der „Dritten Welt“ weniger als 15 vH beträgt, etwa 30 vH der in den internationalen Statistiken der OECD als „private“ Entwicklungshilfe ausgewiesenen Mittel an, während

ihr Anteil an der „öffentlichen“ Entwicklungshilfe mit etwa 5,3 Mrd. \$ während dieser Zeit weniger als 10 vH ausmachte.

Dieses Bild entspricht durchaus der Entwicklungshilfe-Konzeption der westlichen Industrieländer, wonach die Anziehungskraft der Entwicklungsländer für *privates* Auslandskapital mit wachsendem Wohlstand zunimmt und dieses an die Stelle öffentlicher Kapitalübertragung treten kann. So betrug (nach OECD-Daten) das jährliche Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Lateinamerika in den letzten Jahren durchschnittlich bereits um 500 \$, während es in den afrikanischen und asiatischen Entwicklungsländern selten 300 \$ übersteigt; lediglich die ärmsten Länder Lateinamerikas: Haiti, Honduras, die Dominikanische Republik und Bolivien, erhielten wesentlich mehr öffentliche als private Auslandsmittel. Demgegenüber erreichte der öffentliche Mittelzufluß bei den fortgeschrittenen Ländern Argentinien, Venezuela, Uruguay und Mexiko durchweg weniger als ein Viertel des privaten Kapitalstroms aus dem Ausland; eine Ausnahme bildet allein Chile, das wegen seiner parlamentarischen Demokratie seit den sechziger Jahren von den westlichen Geberländern besonders gefördert wurde.

Bestimmungsgründe für private Auslandsinvestitionen

Als generelle Bestimmungsgründe für private Auslandsinvestitionen (im folgenden nur: Direktinvestitionen) in Entwicklungsländern gelten allgemein Landesgröße, Entwicklungsstand, Weltmarkt-orientierung sowie politisches, institutionelles und rechtliches „Klima“ für Auslandskapital.

Während für das „Klima“ für Auslandskapital keine Kennziffern vorliegen, die es erlauben würden, ihren Einfluß auf *privates* Auslandsengagement *quantitativ* zu erfassen, bieten sich für die drei erstgenannten Bestimmungsgründe mehrere Indikatoren an; ihre jeweilige Einflußstärke kann daher mit Hilfe der Regressionsanalyse geschätzt werden. Diese Indikatoren sind: Bevölkerung oder Bruttoinlandsprodukt für die Landesgröße, Bruttoinlandsprodukt je Einwohner für den Entwicklungsstand und Exportquote am Sozialprodukt oder Exportwert

¹ OECD, *geographical distribution of financial flows to less developed countries, 1960–64 und 1965.*

² IMF, *Balance of Payments Statistics.*

Privates Auslandskapital und gesamtwirtschaftliche Kennziffern im Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1965

Land	Privater Kapitalzufluß (netto)		Bevölkerung Mill. Pers.	Bruttoinlandsprodukt (BIP)		Exportquote ¹⁾ in vH	Exporte ²⁾ \$ je Einwohner
	Gesamt Mill. \$	Direkt- investitionen Mill. \$		Mill. \$	\$ je Einwohner		
Argentinien	120,5	94,1	20,7	21 670	1 047	9,8	54,5
Bolivien	12,8	9,3	3,5	739	211	17,6	20,4
Brasilien	177,3	144,5	70,1	23 585	336	8,0	19,6
Chile	46,7	22,9	7,7	6 344	824	11,0	67,8
Costa Rica	11,8	6,2	1,2	644	537	22,5	72,3
Dominikanische Republik . .	6,1	4,6	3,0	761	254	25,0	48,2
Ecuador	9,9	6,6	4,4	1 445	328	18,2	31,9
El Salvador	4,1	3,5	2,5	723	289	26,0	53,8
Guatemala	14,2	10,7	3,8	1 301	342	13,4	33,7
Haiti	—0,1	—0,1	4,0	460	115	15,1	9,1
Honduras	1,1	—0,4	1,9	449	236	21,9	39,9
Kolumbien	45,4	12,9	15,4	6 373	414	14,9	32,6
Mexiko	212,2	112,8	36,2	21 708	600	12,2	24,0
Nicaragua	7,8	4,2	1,4	457	326	21,8	56,3
Panama	14,2	7,0	1,2	564	470	32,7	37,5
Paraguay	4,1	2,5	1,8	538	299	16,0	20,8
Peru	59,0	33,3	10,2	4 179	410	21,8	42,9
Uruguay	12,4	4,3	2,5	1 769	708	11,3	63,0
Venezuela	66,9	109,3	7,4	6 501	879	31,7	327,5

¹⁾ Anteil der Exporte von Gütern und Diensten durchschnittlich 1955—64 am BIP. — ²⁾ Warenausfuhr.

Quellen: IMF, Balance of Payments Yearbook (Band 12—19). — IMF, International Financial Statistics (Januar 1968). — OECD, National Accounts of Less Developed Countries (Februar 1967). — UN, Yearbook of National Accounts Statistics 1965.

je Einwohner für die Weltmarktorientierung der betrachteten Volkswirtschaften³.

Werden diese Indikatoren in wechselnder Kombination als Bestimmungsgrößen für ausländische Direktinvestitionen während des Gesamtzeitraumes 1955—1965 behandelt, so ergeben sich mehrere statistisch gesicherte Beziehungen. Bei Berücksichtigung erhält man die besten Ergebnisse dann, wenn die ausländischen Direktinvestitionen in den einzelnen Ländern als abhängig behandelt werden (a) von der Marktgröße (Bruttoinlandsprodukt) und (b) von der Exportintensität (Wert der Warenexporte je Kopf) des jeweiligen Landes. Der Erklärungswert dieser beiden Einflußgrößen erreicht zusammen fast 94 vH⁴; allein die Marktgröße erklärt bereits 82 vH.

Der Entwicklungsstand der einzelnen Länder tritt dabei zwar nicht explizit als Einflußgröße auf, er ist jedoch in den beiden genannten Bestimmungsfaktoren enthalten: Die Marktgröße ist das Produkt von Bevölkerungszahl und Pro-Kopf-Erzeugung; die Exportintensität ist das Produkt aus Pro-Kopf-Erzeugung und Exportquote. Werden dementsprechend die ausländischen Privatinvestitionen in den einzelnen Ländern als abhängig betrachtet von (a) deren Einwohnerzahl, (b) dem Wert des Inlandsprodukts je Kopf und (c) der Exportquote am Sozialprodukt, so ergibt diese statistisch ebenfalls gesicherte Beziehung insgesamt einen Erklärungswert von 88 vH, dabei Bevölkerungszahl und Entwicklungsstand — also die Komponenten der Marktgröße — zusammen wiederum 82 vH.

Diese Ergebnisse werden allerdings spürbar beeinflusst durch das „untypische“ Erdöl-Land Venezuela, für das der Exportfaktor gegenüber den anderen Einflußgrößen unverhältnismäßig stark ins Gewicht fällt. Bleibt dieses Land unberücksichtigt, so läßt sich ein genereller außenwirtschaftlicher Einfluß mit Hilfe der beiden dafür genannten Indi-

katoren für die übrigen 18 Länder nicht mehr nachweisen. Zugleich gewinnt aber die Marktgröße dieser Länder für die ihnen zufließenden Direktinvestitionen mit über 95 vH erheblich an Erklärungswert. Weniger als 5 vH der gesamten ausländischen Privatinvestitionen bleiben jetzt noch spezifischen Faktoren in den einzelnen Ländern zurechenbar.

Solche Sonderfaktoren fallen um so stärker ins Gewicht, je kürzer der betrachtete Zeitraum gewählt wird, denn die jährlichen Schwankungen in den privaten Kapitalbewegungen sind beträchtlich. Dennoch bleibt auch bei einer Halbierung des betrachteten Zeitraums der bestimmende Faktor für Auslandsinvestitionen die Marktgröße. Bedeutsame Ausnahme bildet wiederum Venezuela mit extrem gegenläufigen Kapitalbewegungen: Einem Zufluß von Direktinvestitionen in Höhe von jährlich durchschnittlich 257 Mill. \$ während der Periode 1955/60 standen Netto-Abflüsse von jährlich 164 Mill. \$ während der Periode 1960/65 gegenüber. Für die lateinamerikanischen Länder ohne Venezuela errechnen sich dagegen Korrelationskoeffizienten zwischen ausländischen Direktinvestitionen und Bruttoinlandsprodukt von 0,939 (1955—1960) und 0,982 (1960—1965).

Bei einem Vergleich der aufgrund der Regressionsfunktionen errechneten „Soll“-Werte mit den tatsächlichen privaten Kapitalzuflüssen ergeben sich verhältnismäßig hohe positive Abweichungen vor allem für Bolivien, Guatemala, Venezuela und Peru; unter den „Soll“-Werten bleiben namentlich Uruguay, Kolumbien, Chile und Argentinien.

³ Die von der OECD ausgewiesenen und hier verwendeten Werte für das Bruttoinlandsprodukt und das Pro-Kopf-Einkommen beruhen auf einer Untersuchung der ECLA über Kaufkraftparitäten der einzelnen lateinamerikanischen Währungen zum US-\$. Daraus ergeben sich in den meisten Fällen erheblich höhere Werte als die normalerweise zitierten, die aufgrund von Wechselkursen errechnet werden.

⁴ Bestimmtheitsmaß = Quadrat des Korrelationskoeffizienten.

Ausländische Direktinvestitionen und wirtschaftliches Wachstum

Land	Direktinvestitionen \$ je 1000 \$ BIP		Reales Wachstum des BIP in vH		Gewinne aus Direktinvestitionen	
	Durchschnitt 1955—60	Durchschnitt 1960—65	Durchschnitt 1955—60	Durchschnitt 1960—65	Mill. \$	in vH der Warenausfuhr
					Durchschnitt 1955—65	
Argentinien	6,9	3,8	3,2	3,3	21,9	1,9
Bolivien	14,9	12,2	—0,4	5,0	—1,2	—1,5
Brasilien	8,0	4,6	5,9	4,4	65,5	4,8
Chile	6,1	1,7	4,1	4,3	54,0	10,4
Costa Rica	5,6	11,7	4,9	4,6	4,9	5,5
Dominikanische Republik	6,1	5,0	5,8	0,0	12,1	7,5
Ecuador	5,1	4,3	4,4	4,5	18,1	12,9
El Salvador	0,1	8,1	3,6	7,4	3,2	2,3
Guatemala	11,6	6,2	5,3	6,5	4,7	3,6
Haiti	—1,8	1,5	2,3	—0,5	2,8	7,7
Honduras	—4,2	—0,6	4,8	4,5	4,7	5,5
Kolumbien	0,6	3,0	3,9	4,0	26,8	5,3
Mexiko	4,4	4,8	6,3	5,3	152,4	17,6
Nicaragua	5,3	11,5	2,3	8,5	3,8	4,8
Panama	23,4	7,2	5,3	7,8	12,5	28,5
Paraguay	4,2	5,0	2,4	3,8	0,5	1,4
Peru	15,8	1,7	4,3	6,6	44,9	10,2
Uruguay	3,0	2,9	0,0	0,4	2,2	1,4
Venezuela	46,0	—11,6	6,6	5,6	643,5	26,7

Quellen: IMF, Balance of Payments Yearbook (Band 12—19). — IMF, International Financial Statistics (Januar 1968). — OECD, National Accounts of Less Developed Countries (Februar 1967). — Deutsche Überseeische Bank, Beilage zum Wirtschaftsbericht Juni 1967.

Privatinvestitionen und Wirtschaftswachstum

Werden für die Perioden 1955/60 und 1960/65 die ausländischen Direktinvestitionen jeweils auf das Bruttoinlandsprodukt bezogen und mit den wirtschaftlichen Wachstumsraten verglichen, so lassen sich auch hier Zusammenhänge erkennen. Gerade jene Länder, in denen in der Periode 1955 bis 1960 — gemessen an ihrem Inlandsprodukt — besonders hohe ausländische Investitionen getätigt wurden, also Venezuela, Panama, Peru, Bolivien und Guatemala, vermochten in der folgenden Periode trotz meist stark zurückgehenden privaten Auslandsengagements überdurchschnittlich hohe und (außer in Venezuela) sogar kräftig beschleunigte Wachstumsraten zu erreichen. Und auch jene Länder, denen sich während der sechziger Jahre gegenüber den Vorjahren verstärkt ausländisches Privatkapital zuwandte, haben entweder ihr Wachstum erheblich beschleunigt (Nicaragua und El Salvador, in bescheidener Weise auch Paraguay) oder nach wie vor ein überdurchschnittliches Wachstum erzielt (Mexiko und Costa-Rica). Umgekehrt weisen Länder, deren Wirtschaften stagnierten (Haiti und Uruguay), nur mäßig fortschritten (Argentinien, Chile, Ecuador, Kolumbien) oder gegenüber der Vorperiode verlangsamt wuchsen (Brasilien, Honduras, Dominikanische Republik), entweder — auf das Sozialprodukt bezogen — stark verminderte oder nach wie vor unerhebliche private Auslandsinvestitionen aus.

Nun lassen statistisch erkennbare Beziehungen zwischen privaten Kapitalzuflüssen und wirtschaftlichen Wachstumsraten noch keinen Schluß auf

eine Kausalität zu. Rascher wirtschaftlicher Fortschritt kann ebenso Ursache für privates Auslandsengagement sein als auch von ihm mitbestimmt werden. Versucht man, diese Zusammenhänge näher zu analysieren, so darf jedoch nicht übersehen werden, daß den Entwicklungsländern aus privaten Auslandsinvestitionen auch erhebliche Kosten entstehen können. So betragen die in den Zahlungsbilanzen ausgewiesenen ausländischen Kapitaleinkommen aus Direktinvestitionen⁵ im Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1965 in Panama und Venezuela weit über ein Viertel, in Mexiko, Ecuador, Chile und Peru zwischen 10 bis 18 vH der jeweiligen Warenexporte. Allerdings werden diese Gewinne nicht sämtlich ins Ausland transferiert. Zwar sind die Daten über den Umfang reinvestierter Gewinne sehr lückenhaft, lassen aber in einigen Fällen hohe Anteile an den Netto-Renditen vor allem während der Jahre 1960 bis 1965 erkennen. Dies gilt namentlich für Brasilien (82 vH), Guatemala (67 vH), Costa Rica (54 vH), Nicaragua (36 vH) und Mexiko (33 vH). Insgesamt betrachtet überwogen jedoch die aus Lateinamerika transferierten Gewinne erheblich den Zufluß ausländischer Direktinvestitionen: Während sich diese in der Zeit von 1955 bis 1965 (einschl. reinvestierter Gewinne) auf nicht ganz 6,5 Mrd. \$ beliefen, betrugen die ausgewiesenen Gewinne (ebenfalls einschl. reinvestierter Mittel) über 11,8 Mrd. \$.

⁵ Die Einkommen aus sonstigem privatem Auslandskapital werden nur zusammen mit Zinsendiensten aus öffentlicher sowie auch kurzfristiger Auslandsverschuldung ausgewiesen.